

Jahresbericht 2007

BSPV
APEB

www.bspv.ch



Editorial



BSPV hat erfolgreich gewirkt und gearbeitet

Bei den Ferien geht es vorwärts. In zwei Jahren werden wir fünf Wochen Ferien für alle erreicht haben. Auch die Löhne stiegen um zwei Prozent.

Von der Geschäftsleitung des BSPV

Der BSPV hat im letzten Jahr einiges erreicht:

- ein zusätzlicher Ferientag,
- das Lohnsummenwachstums von zwei Prozent,
- die Ablehnung des Primatwechsels durch den Regierungsrat,
- die Verstärkung der Kommunikationsmittel des Verbandes.

Dies sind die wichtigsten Erfolge des Geschäftsjahrs 2007. Unsere Erfolge zeigen, dass der BSPV auf dem richtigen Weg ist und für die kantonalen Angestellten zählbare Resultate erzielt.

Damit wir diese Erfolge erzielen, brauchte es den Einsatz auf allen Ebenen. Die Geschäftsleitung, der Zentralvorstand,

die Abgeordnetenversammlung und die Geschäftsstelle trugen dazu bei. Wichtig war aber auch der Einsatz aller BSPV-Mitglieder, die sich täglich für bessere Arbeitsbedingungen engagieren.

Leider musste der Verband einen leichten Rückgang bei den Mitgliederzahlen hinnehmen. Die Geschäftsstelle investierte 2007 viel Energie in die Erneuerung der Kommunikationsmittel. Mit Erfolg. Die neu gestaltete Homepage wirkt frisch, und der elektronische Newsletter ermöglicht es der Geschäftsstelle, schnell auf aktuelle Fragen zu reagieren.

Diese Arbeiten sind nun abgeschlossen, so dass wir 2008 wieder mehr Kraft in die Mitgliederwerbung stecken können.

2 Personalrecht

Endlich 5 Wochen Ferien für alle

Fünf Wochen Ferien für alle sind in Sichtweite. Bei der Zeitgutschrift für Nachtarbeit macht der BSPV der Regierung Beine.

4 Pensionskassen

Hände weg vom Primatwechsel!

Mit dem Bericht FUTURA will der Grosse Rat den Primatwechsel vorbereiten. Der BSPV wehrte sich mit allen Mitteln dagegen.

6 Reorganisationen

Der BSPV vor neuen Herausforderungen

Reorganisationen sind im Kanton Bern beliebt. Der BSPV begrüsst neue Strukturen nur, wenn nicht das Personal die Rechnung bezahlen muss.

Hinweise

Mitgliederzahl leicht gesunken

Nach dem Wachstum im Vorjahr musste der BSPV 2007 bei den Mitgliederzahlen einen leichten Rückgang hinnehmen. Details dazu auf Seite 8.

Jahresrechnung 2007

Die Verbandsrechnung 2007 schloss mit einem Aufwandüberschuss. Ursache: Höhere Ausgaben für Personal- und Bürokosten als budgetiert. Details auf Seite 10.



Fünf Wochen Ferien für alle! Eine alte Forderung wird Realität.

Mehr Ferien – endlich eine Zeitgutschrift für Nachtarbeit?

Der BSPV erkämpfte einen zusätzlichen Ferientag. Fünf Wochen Ferien für alle kommen in Sichtweite. Bei der Zeitgutschrift für Nachtarbeit machte er der Regierung Beine. Und er hat zur Revision des Personalgesetzes Stellung genommen.

Die Verwaltung hat eine Revision des Personalgesetzes in Angriff genommen, die 2008 dem Grossen Rat vorgelegt wird. Es geht darum, die Bestimmungen des eidgenössischen Familienzulage-Gesetzes im Kanton Bern umzusetzen.

Die Geschäftsleitung hat dazu zwei Mitberichte und eine Vernehmlassung verfasst. Zu einer Revision der Personalverordnung, die vor allem das Reinigungspersonal betraf, haben wir ebenfalls einen Mitbericht eingereicht.

Im Januar erfolgte zudem eine Konsultationsantwort zur Lehreranstellungsverordnung.

Bewegung bei den Ferien

Coop bietet seinen über 63jährigen Angestellten acht Wochen Ferien. Von einer solchen Regelung ist der Kanton Bern weit entfernt. Seit dem Einbau der Kompensationstage haben die kantonalen Angestellten einen Ferienanspruch von vier Wochen und zwei Tagen. Kompensationstage sind Feiertage, die auf einen Samstag oder Sonntag fallen. Dazu kommen bei den Staatsangestellten Altersentlastungen ab 45/50 Jahren und 55/60 Jahren. Bei den Lehrkräften der Primar- und Sekundarstufe erfolgt die Altersentlastung mit 50, 54 und 58 Jahren.

Ab 2008 wird der minimale Ferienanspruch auf vier Wochen und drei Tage erhöht. 2009 und 2010 sollen dann die beiden restlichen Tage folgen. Der Regierungsrat hat die Absicht, in einem dieser Jahre auch jenen Angestellten, die bereits fünf Wochen Ferien haben, einen zusätzlichen Ferientag zu gewähren. Dann werden wir für alle Kantonsangestellten eine Verbesserung erreicht haben.

Diese verbesserte Ferienregelung musste vom BSPV hart erkämpft werden. Die letzte Verbesserung liegt immerhin 25 Jahre zurück!

Verkürzung der Arbeitszeit

Mit dem minimalen Ferienanspruch von fünf Wochen werden wir ein Zwischenziel erreichen. Um die Konkurrenzfähigkeit des Kantons mit anderen Anbietern auf dem Arbeitsmarkt zu erhalten, muss mittelfristig auch die Wochenarbeitszeit gekürzt werden. Die 40-Stundenwoche ist bei grossen Arbeitgebern üblich.

Für die kantonalen Angestellten gilt seit 1987 die 42-Stundenwoche. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass es auch hier nach 25 Jahren zu einer Neuregelung kommt.

Zeitgutschrift für Nacharbeit

Das Pflegepersonal erhält seit Jahren für die Nacharbeit eine Zeitgutschrift von 20 Prozent. Auch für die Strassenmeister besteht eine regierungsrätliche Regelung. Für Kantonspolizistinnen und Abwarte fehlt jedoch eine vergleichbare Abgeltung. Mit Nachdruck fordert der Polizeiverband deshalb seit Jahren eine rechtsgleiche Lösung für das gesamte Staatspersonal. Erst als er mit Kampfmassnahmen drohte, bewegte sich etwas.

Eine Arbeitsgruppe, in der die Personalverbände gut vertreten waren, nahm sich des Geschäfts an. Sie unterbreitete dem Regierungsrat verschiedene Lösungen. Wir hoffen, dass der Regierungsrat die berechtigten Forderungen der Polizeikräfte im Jahr 2008 endlich umsetzen wird.

Vaterschaftsurlaub gescheitert

Es gibt kaum einen grossen Arbeitgeber, der den Vaterschaftsurlaub noch nicht eingeführt hat. Dem BSPV ist ein Vaterschaftsurlaub ein Anliegen. Wir haben bei der Revision des Personalgesetzes entsprechende Eingaben gemacht und haben geplant, das Thema für die Sozialpartnergespräche zu traktandieren.

Dann reichte eine Grossrätin einen Vorstoss zur Einführung des Vaterschaftsurlaubs ein. Der Regierungsrat wäre bereit gewesen, diesen einzuführen. Leider hat die Motionärin ihren Vorstoss daraufhin nicht zurückgezogen. So gab sie dem Grossen Rat die Gelegenheit, sich gegen den Vaterschaftsurlaub auszusprechen. Das erleichtert unsere Aufgabe nicht, aber wir bleiben dran. Wir werden die werdenden Väter nicht vergessen.

Ungenügende Lohnentwicklung

Die Kaufkraft der Löhne der kantonalen Angestellten hat seit 1992 abgenommen. Wenn der Teuerungsausgleich nicht oder nicht vollständig gewährt wird, sinkt die Kaufkraft der Löhne. Es entsteht ein Reallohnverlust. Dieser liegt unterdessen bei neun Prozent.

Dazu kommt, dass auch die Gehaltsstufen-Aufstiege in ungenügendem Mass gewährt wurden. Das zur Verfügung gestellte Geld für individuelle Beförderungen liegt unter dem Niveau früherer Jahre. Verglichen mit dem Bund und der Stadt

Bern ist die Lohnentwicklung beim Kanton in den letzten Jahren wesentlich schlechter. Vergleiche mit anderen grossen Arbeitgebern wie Post, Swisscom, SBB oder Banken und Versicherungen ergeben ein noch schlechteres Bild.

Gehaltsstufenaufstieg

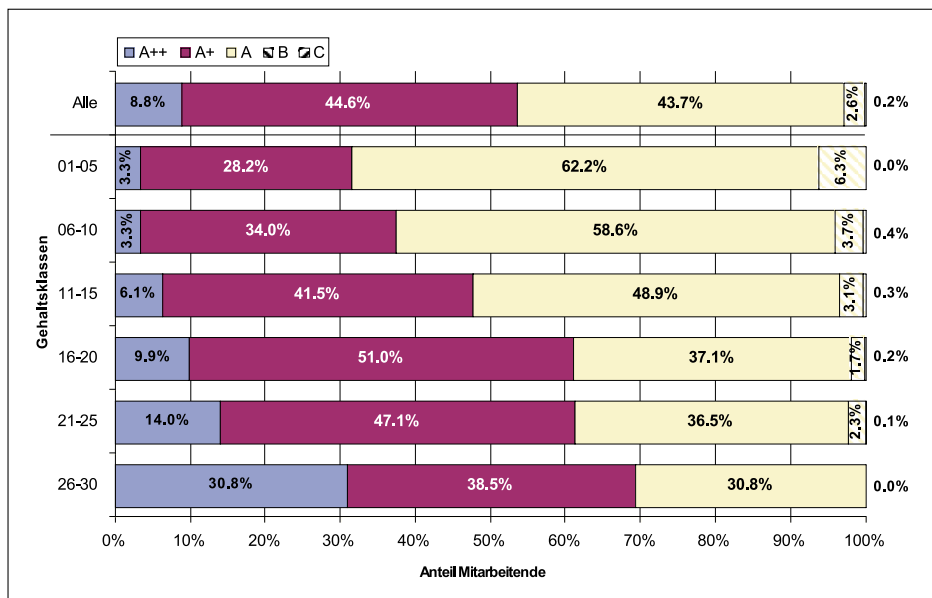
Der individuelle Gehaltsaufstieg ist immer noch ungenügend. Seit der Kanton 1997 das Lohnsystem BEREBE einführt, konnte noch nie ein echter Leistungslohn ausgerichtet werden. Die Versprechungen bei der Abschaffung des Erfahrungsaufstiegs konnten nicht eingehalten werden. Die Stimmberechtigten wurden mit der Abstimmungsbotschaft getäuscht (vgl. diagonal 9/2007).

Sozialpartnerschaft: GAV und Umfrage

Entscheid des Zentralvorstands: BSPV strebt mit dem Regierungsrat einen Gesamtarbeitsvertrag an. Der Zentralvorstand hat am 9. Mai mit grossem Mehr beschlossen: Der BSPV soll Verhandlungen mit dem Regierungsrat aufnehmen. Das Ziel ist es, einen Gesamtarbeitsvertrag abzuschliessen.

Der BSPV suchte in der Folge mit den betroffenen Personalverbänden das Gespräch. Dem Regierungsrat teilten wir unser Anliegen mit. 2008 werden wir in den Sozialpartnergesprächen das gemeinsame Arbeitspapier der Personalverbände besprechen.

Das Personalamt hat 2007 eine Personalumfrage durchgeführt. Die Mehrheit des Kantonspersonals ist mit den Verhältnissen zufrieden und teilt seinem Arbeitgeber gute Noten aus. Ausnahme: Bei den Löhnen besteht dringender Handlungsbedarf.



Je höher das Gehalt, desto besser die Qualifikation. Das ist störend und unfair



Dem BSPV setzt sich auch für die Rentnerinnen und Rentner ein.

Der BSPV fordert: Hände weg von unseren Pensionskassen

Politiker setzen die kantonalen Pensionskassen BPK und BLVK unter Druck. Mit dem Bericht FUTURA will der Grosse Rat den Primatwechsel vorbereiten. Der BSPV wehrt sich mit allen Mitteln dagegen, die ihm zur Verfügung stehen.

Am 5. Juni 2007 hat der Grosse Rat die Revision des Gesetzes über die Bernische Pensionskasse in zweiter Lesung verabschiedet. In der ersten Lesung forderte ein Rückweisungsantrag, die Überbrückungsrente müsse überprüft und eine Rückzahlungspflicht eingeführt werden. Dieser Antrag scheiterte in der vorberatenden Kommission an der Stimmenthaltung einiger besonnener bürgerlicher Grossräte und wegen des Einsatzes der BSPV-Vertreter.

Wichtigste Neuerungen

Die wichtigste Neuerung der Gesetzesrevision ist die Einführung von altersabhängigen Verdiensterhöhungsbeiträgen. Bei Gehaltserhöhungen steigt der versich-

cherte Verdienst. Dadurch entsteht ein erhöhter Rentenanspruch. Dieser muss finanziert werden.

Bisher mussten die Versicherten ungeachtet des Alters für alle Gehaltserhöhungen 40 Prozent der Erhöhung des versicherten Verdienstes nachfinanzieren. Der Arbeitgeber bezahlte bei Teuerungszulagen 180 Prozent, bei Gehaltsstufenerhöhungen 60 Prozent.

Neu lauten die Ansätze:

Alter	Arbeitnehmer	Arbeitgeber
25–44 Jahre	40 Prozent	180 Prozent
45–49 Jahre	80 Prozent	180 Prozent
50–59 Jahre	100 Prozent	180 Prozent
60–65 Jahre	250 Prozent	250 Prozent

Mehrbelastung

Die Revision führt zu einer beträchtlichen Mehrbelastung der älteren Versicherten. Der BSPV setzte sich deshalb dagegen zur Wehr. Da aber effektiv eine Finanzierungslücke beim Einkauf von zusätzlichen Leistungen bestand, musste der BSPV eine Neuregelung akzeptieren. Die jetzt vorliegende Lösung ist aus unserer Sicht allerdings für die älteren Arbeitnehmenden zu hart. Einmal mehr muss sich das Personal mit einer Änderung abfinden, die es so nicht wollte.

Bernische Lehrerversicherungskasse

Die parlamentarische Untersuchungskommission und die Regierung bezeich-

neten die Bernische Lehrerversicherungskasse als Sanierungsfall. Der Deckungsbetrag war auf 80 Prozent gesunken und zur Deckung aller versprochenen Leistungen fehlte eine Milliarde Franken. Dennoch waren sich nicht alle Experten über die nötigen Massnahmen einig. Einige vertraten die Auffassung, es sei nichts zu tun. Die Regierung und der Grosse Rat teilten diese besonnene Haltung nicht und verabschiedeten ein BLVK-Gesetz, das harte Sanierungsmassnahmen vorsah. Diese sollten zu einer Erhöhung des Deckungsgrads auf 100 Prozent führen.

Entwicklung des Deckungsgrads der Pensionskassen:

	31.12.05	31.12.06	31.12.07
BPK	108,04%	109,04%	104,7%
BLVK	86,39%	89,58%	88,61%

Rentner

Seit 1997 erhielten die Rentner bloss in den Jahren 2001 (1,2 Prozent) und 2002 (0,6 Prozent) einen Teuerungsausgleich. Der Kaufkraftverlust bei den Renten beläuft sich seit 1992 auf 13,9 Prozent. Für diesen unhaltbaren Zustand ist die Mehrheit der Verwaltungskommission verantwortlich. Der Teuerungsausgleich soll sogar erst dann wieder gewährt werden, wenn die Wertschwankungs-Reserven 16 Prozent betragen. Dies ist eine unnötige Härte. Der BSPV und die Rentnervereinigung haben wiederholt Anstrengungen unternommen, um endlich einen Teuerungsausgleich zu erwirken. Leider erfolglos.

Zukunft der Pensionskassen

Das Personalleitbild des Kantons beginnt mit einer wohl klingenden Einleitung, die dem Personal zeigen soll, dass es geschätzt wird. Dass das Personal die wichtigste Ressource der Kantonsverwaltung ist, ist dennoch nicht allen Politikern klar. So haben Grossratsmitglieder gefordert, den Primatwechsel bei den kantonalen Pensionskassen zu prüfen.

Der Regierungsrat setzte eine Projektgruppe ein, verweigerte aber den Personalverbänden die Einsitznahme. Obwohl die Personalverbände mehrmals ihre Mit-

arbeit anboten. Dadurch geriet das Projekt FUTURA bereits von Anfang an auf ein falsches Gleis. Die Projektgruppe wurde ausschliesslich aus Befürwortern eines Primatwechsels gebildet. Kritische Stimmen waren bei der Erarbeitung des Berichts nicht erwünscht. Mit dem Abschluss der Personalverbände erreichten die sozialpartnerschaftlichen Beziehungen einen neuen Tiefpunkt.

Der BSPV hat ein Interesse an gesunden Pensionskassen. Die Verbandsgremien anerkennen nötige Veränderungen. Ideologische Vorgaben und reine Sparübungen lehnen wir jedoch ab.

Dem BSPV blieb deshalb nur, seine Kritik an FUTURA lautstark kund zu tun. Unsere Mitwirkungseingaben haben wir durch Resolutionen ergänzt. Zudem informierten wir Behördemitglieder, Verwaltungsstellen und externe Organisationen über unsere Argumente.

Zufrieden nahm der BSPV zur Kenntnis, dass der Bericht von Ende 2007 sachlicher war als die ersten Entwürfe. Mit grosser Befriedigung hat der BSPV zur Kenntnis genommen, dass die Regierung ihre Haltung änderte und zum Schluss kam, einen Primatwechsel zum heutigen Zeitpunkt abzulehnen.

Projekt «Futura»: Übung abbrechen!

Mit nur einer Gegenstimme verabschiedeten die Delegierten der Bernischen Pensionskasse eine Resolution. Wir geben sie hier leicht gekürzt wieder.

Die Delegiertenversammlung der Versicherten der BPK stellt fest:

1. Die auf den 1. Januar 2006 erfolgte Verschärfung des Invaliditätsbegriffs ist ein nicht zu unterschätzender Leistungsabbau.
2. Die vom Grossen Rat beschlossene Neuregelung der Verdiensterhöhungs-Beiträge (VEB) führt ab 1. Januar 2008 zu teilweise massiven Mehrbelastungen der Versicherten.
3. Der Bericht des Regierungsrates über die Zukunft der Vorsorge im Kanton Bern zeigt auf, dass das Mischsystem der BPK bei den Beiträgen und bei den Leistungen eine kaum zu übertreffende Transparenz aufweist.
4. Die Erfahrungen der Versicherten zahlreicher Pensionskassen zeigen, dass ein Wechsel zum Beitragsprimat in der Regel zu Verschlechterungen der Altersvorsorge führt – insbesondere für Versicherte ab etwa 45. Altersjahr.

5. Aus Sicht der Delegierten besteht kein Grund vom Mischsystem der BPK abzurücken, welches sich bestens bewährt. Schwachstellen können durch geeignete Änderungen des Leistungsreglements eliminiert werden.

Die Delegiertenversammlung ersucht die Regierung und den Grossen Rat, auf einen Primatwechsel zu verzichten.

Für den Fall, dass eine Mehrheit des Grossen Rates den Primatwechsel durchsetzen sollte, fordert die Delegiertenversammlung:

1. **Erhalt der VEB und der Überbrückungsrenten mit Vorfinanzierung.**
2. **Besitzstandsgarantie nach dynamischer Berechnungsweise.**
3. **Ausgewogene Verteilung der Anlagerisiken.**

Die Delegiertenversammlung erwartet von der Verwaltungskommission und von der Direktion der BPK, dass sie sich gegen Verschlechterungen der Altersvorsorge zur Wehr setzen.

Die Delegiertenversammlung beauftragt das Büro der DV ein allfälliges Referendum der Personalverbände in geeigneter Form zu unterstützen.

Der BSPV und der Kanton stellen sich neuen Herausforderungen

Die kantonale Verwaltung hat sich in den letzten Jahren rege reorganisiert. Der BSPV begrüsst neue Strukturen nur dann, wenn das Personal nicht die Rechnung bezahlen muss. Wir setzen uns für tragbare Umsetzungsmassnahmen ein.

Reorganisationen sind im Kanton Bern beliebt. Der BSPV stellt sich den damit verbundenen Herausforderungen. Neue Arbeitsorte, Aufgaben und Vorgesetzte sind Nebenerscheinungen jeder Änderung. Dazu kommen Unsicherheit, Stellenverlust und Pensenreduktion.

Der BSPV wehrt sich dafür, dass das Personal dabei nicht unter die Räder kommt.

Police Bern

Der Polizeiverband des Kantons Bern hat sich von Beginn weg hinter das Projekt Police Bern gestellt, das zu einer Einheitspolizei führen wird. Die Geschäftsleitung des BSPV würdigte diesen Einsatz mit einem Beitrag an die Kampagne des Polizeiverbands. Diese war erfolgreich. Mit einem klaren Mehr stimmten die Stimmberechtigten dem neuen Polizeigesetz zu.

Der BSPV hofft, dass es gelingen wird, die Polizeikörper der Städte und Gemeinden in den kantonalen Polizeiverband zu integrieren. Die neuen Mitglieder werden bei uns herzlich willkommen sein.

Bezirks- und Justizreform

Auch unsere Mitglieder in der dezentralen Bezirksverwaltung sind stark von Reorganisationen betroffen. Wenn die Anzahl der Regierungs-Statthalterinnen und -statthalter von 27 auf 10 gesenkt wird, ist dies eine einschneidende Veränderung.

Der BSPV setzt sich dafür ein, dass für alle Betroffenen tragfähige Lösungen gefunden werden. Dies gilt auch für die anderen Mitarbeitenden der dezentralen Verwaltung. Härten müssen abgefedert werden. Wer plötzlich in Bern statt in Biel arbeitet, hat Hilfe des Arbeitgebers zugezogen. Ein neuer Arbeitsplatz wird von einigen Instanzen oft zu schnell als zumutbar erachtet, da sie nur die Finanzen aber nicht das Personal betrachten.

Restrukturierung

2007 erfolgte bereits die vorzeitige Zusammenlegung der Handelsregisterämter in Bern. Einige Mitglieder der Sektion «Verband bernischer Grundbuchverwalter und Handelsregisterführer» spürten die negativen Begleiterscheinungen dieser Restrukturierung.

Auch zahlreiche Zivilstandsbeamte müssen erneut eine Strukturreform über sich ergehen lassen.

Willkommen beim BSPV

An der Universität Bern gab es Veränderungen, die Mitglieder des BSPV betreffen. Die Angestellten der Stiftung Stadt- und Universitätsbibliothek (STUB) wurden per 1. Januar 2007 in die Universität integriert. Sie wurden damit zu Kantonsangestellten. Der Übergang wurde gut kommuniziert und vorbildlich vollzogen.

Verunsicherung

Dennoch war die Verunsicherung der Angestellten während der Umstellung gross. Für den Verband war sehr erfreulich, dass sich die Bibliotheksangestellten während dieser Phase zu einer BSPV-Sektion zusammengeschlossen haben. Die neue Sektion entstand aus den ehemaligen Mitarbeitenden der STUB und den Bibliotheken der Universität.

Botanischer Garten

Einen anderen Weg beschreitet die Universität beim Botanischen Garten. Sie will ihn schliessen oder an eine Stiftung übertragen. Das betroffene Personal ist verunsichert und betroffen. Es hat jahrelang mit grossem Einsatz seriöse Aufbauarbeit geleistet.

BSPV bleibt dran

Und jetzt sieht es sich damit konfrontiert, dass seine Arbeit plötzlich als nicht mehr «betriebsnotwendig» erachtet wird. Das ist hart. Wir hoffen, dass 2008 für den Botanischen Garten und sein Personal eine befriedigende Lösung gefunden wird.

Der BSPV wird seinen Mitgliedern weiterhin beratend zur Seite stehen.

Police Bern – wir bringen mehr Sicherheit. 



Polizeiverband Bern-Kanton. Bernischer Staatspersonalverband. www.pvbk.ch

Die Kampagne des Polizeiverbandes war erfolgreich.

Aktive Verbandsorgane: Stillstand bedeutet Rückschritt

2006 haben wir die Grundlagen für einen prägnanteren öffentlichen Auftritt erarbeitet. Das Jahr darauf haben wir verwendet, um die neuen Erkenntnisse umzusetzen. Die neue Homepage und der Newsletter haben sich bereits bewährt.

Im letzten Jahr haben wir unsere Homepage neu gestaltet. Der erste Newsletter erschien am 27. August. Er wird allen Mitgliedern zugestellt, deren E-Mail-Adresse wir kennen. Der Newsletter ergänzt die Informationen des «diagonals». Er gibt uns die Möglichkeit, schnell und unkompliziert zu informieren. Wir hoffen, dass wir die Zahl der Empfänger weiter steigern können.

Das «diagonal» wird erstmals seit 1993 ein neues Layout erhalten. Die vorbereitenden Arbeiten erfolgten im Berichtsjahr, die Umsetzung fällt ins Jahr 2008.

Geschäftsleitung

An der Frühlingssitzung des Zentralvorstands hat Roland Seiler seinen Rücktritt als Verbandspräsident auf die Abgeordnetenversammlung 2008 bekannt gegeben. Ebenfalls mit Bedauern nahm die Geschäftsleitung vom Rücktritt der langjährigen Vizepräsidentin Gisela Basler Kenntnis. Als Amtsleiterin und Präsidentin der Sektion «Höhere Angestellte Bern» hat sie die Arbeit des Verbands wesentlich geprägt.



Die Kampagne war gut, aber sie reichte nicht.

Die beiden neuen Mitglieder der Geschäftsleitung, Andrea Frost-Hirschi als Vertreterin der Kaderangestellten und Eugen Schneider als Mitglied der Rentnervereinigung, arbeiteten sich gut ein. Die Geschäftsleitung stellte das gemeinsame Interesse bei allen Geschäften in den Vordergrund. Sie fasste die meisten Beschlüsse einstimmig.

Zentralvorstand

Der Zentralvorstand versammelte sich im Mai in Bern und im Oktober in Münsingen. Neben den statutarischen Geschäften standen die Pensionskassen und Fragen zum Gesamtarbeitsvertrag (GAV) zur Diskussion. Die Sitzungen ermöglichten einen wertvollen Gedankenaustausch über die Sektionsgrenzen hinweg.

Abgeordnetenversammlung

An der Abgeordnetenversammlung (AV) vom 8. Juni stellte der freisinnige Regierungsrat Christian Wanner den GAV des Kantons Solothurn vor. «Wir sind stolz auf unseren GAV», sagte der oberste Personalchef unseres Nachbarkantons.

Mit Freude hat die AV die neuen Sektionen «Bibliotheksangestellte Bern» und «Gym Bern» aufgenommen. Das Präsidium der AV wechselte von Cornelia Apolloni zum bisherigen Vizepräsidenten Christian Staub. Als neue Vizepräsidentin wählte die AV die Grossrätin Annelise Vaucher.

Mitgliederentwicklung

Eine Analyse der Mitgliederstruktur zeigt, dass der BSPV bei den älteren Mitarbeitenden einen hohen Organisationsgrad hat. Bei den 60- bis 65jährigen sind 719 von 1395 Kantonsangestellten, also 51,5 Prozent beim BSPV dabei. Bei den 21 bis 30jährigen dagegen sind es bloss rund zehn Prozent. Die Mitgliederzahl ist leicht gesunken.

Günstig aber nicht billig

Für das Jahr 2008 haben wir den Verbandsbeitrag um zwei Franken auf 130 Franken erhöht. Damit bleibt der BSPV einer der günstigsten Personalverbände in der Schweiz; ohne deshalb billig zu sein. Wir heben die Beiträge stets im gleichen Masse an, wie die kantonalen Löhne an die Teuerung angepasst werden.

Gemeinsamer Einsatz für angestellte bern

Unter dem Namen angestellte bern haben sich die Personalverbände des Kantons zusammengeschlossen.

Angestellte bern erarbeitet Vernehmlassungen und beschliesst personalpolitische Aktionen. Bei den Nationalratswahlen hat der Dachverband zehn Kandidierende zur Wahl empfohlen. Leider vermochten die vorgeschlagenen kein Mandat im Nationalrat zu erringen. Angestellte bern hat zudem die Initiative für familienfreund-

liche Tagesschulen massgeblich unterstützt.

An der Delegiertenversammlung referierte BSPV-Mitglied und Volkswirtschaftsdirektor Andreas Rickenbacher. Den Delegierten blieb vor allem ein Satz in guter Erinnerung: «Der Kanton braucht gutes Personal und muss dieses fair entlohnen».

Seit dem 1. Januar 2006 wird angestellte bern von der Geschäftsstelle des BSPV geführt.

Leichter Rückgang bei der Mitgliederentwicklung 2007:

Nach dem leichten Wachstum im Vorjahr musste der BSPV 2007 einen Rückgang von rund zwei Prozent bei den Mitgliederzahlen hinnehmen.

Nach dem Schub, den die beiden neuen Sektionen 2006 gebracht haben, holte den BSPV 2007 wieder die Realität vieler Personalverbände ein. Weil die Geschäftsstelle mit der Modernisierung der Kom-

munikationsmittel und der Kampagne für die Nationalratswahlen stark absorbiert war, konnten 2007 zudem weniger Aktivitäten im Bereich der Mitgliederwerbung realisiert werden.

Mitgliederstatistik 2007

Sektion	Dezember 2007	Differenz
V B O G	789	-107
Höhere Angestellte	88	-4
Handwerker/Techn. Personal	139	3
Union du Personnel	47	7
Lehr- und Beratungskräfte	79	-4
Verein Forstingenieure	30	3
Förster	65	-1
Forstwerte und Waldarbeiter	31	-4
Wildhüter	29	
Fischereiaufseher	9	1
Psychiatrische Klinik Bellelay	14	
Psychiatrie Zentrum Münsingen	75	
Universitätspsychiatrischer Dienst	28	-4
Inselspital	71	-8
Regierungsstatthalter	23	
Verband Bern. RichterInnen	139	3
GerichtsschreiberInnen	30	2
GrundbuchverwalterInnen	27	
Betreibungs- und Konkursbeamte	37	2
Pfarrverein	376	-19
Anstalt Hindelbank	57	-8
Anstalt Thorberg	58	4
Anstalt Witzwil	61	-2
Jugendheim Prêles	36	-3
Massnahmenvollzug St. Johannsen	32	-3
Polizeiverband Bern Kanton	1050	-8
Automobilexperten	48	-2
Schulinspektoren	17	-3
BerufsberaterInnen	33	-1
Unidozentenverein	85	-9
Dozierende Bern. Fachhochschulen	134	-18
Gymnasiallehrkräfte	90	28
Bibliotheksangestellte	68	17
Strasseninspektoren	15	2
Strassenmeister (8 Sektionen)	214	-1
Unterhalt Autobahn	53	-8
Personalverband Sozialversicherungen	86	-5
Gemeindepersonal Zollikofen	33	1
Einzelmitglieder	220	-44
Aktive Mitglieder	4516	-193
davon Doppelmitglieder	10	
Total Aktive	4506	
Rentnervereinigung	1710	55
Total Mitglieder	6216	-138

Totentafel

2007 verstarben 61 Mitglieder

Althaus Francis, Moutier
 Badertscher Ernst, Ittigen
 Baumann Franz, Hilterfingen
 Biefer Hans, Burgdorf
 Blatter Alfred, Worb
 Brügger Alphons, Bern
 Buchs Hans, Unterseen
 Bühler Walter, Nidau
 Dellenbach Hans, Münsingen
 Fankhauser Werner, Trubschachen
 Feldmann Fritz, Münsingen
 Fivian Irène, Biel/Bienne
 Grossenbacher Ernst, Bolligen
 Grossenbacher Rudolf, Herzogenbuchsee
 Gruber Hans, Bern
 Gygax Robert, Bern
 Hächler Fridolin, Biberist
 Jacot-Guillarmod Eliane, Tramelan
 Janoska-Bendl Judith, Bern
 Jegerlehner Ernst, Thun
 Jenzer Fritz, Aarwangen
 Känel Otto W. Safnern
 Kohler Georges, Ostermundigen
 Leupold Urs, Oberbütschel
 Liebi Madeleine, Seftigen
 Mäder Alfred, Gümmenen
 Marti Karl, Münsingen
 Mäusli Fritz, Riggisberg
 Meyenberg Beat, Bern
 Müller Gilbert, St-Imier
 Nobs Hans, Bern
 Nussbaum Marianne, Wattenwil
 Pellaton Georges, Worb
 Rawyler Walter, Bern
 Reber Karl, Meikirch
 Reimann Karl, Wiedlisbach
 Rollier Edgar, Le Landeron
 Rudolf Liselotte, Bern
 Ryser Rudolf, Bolligen
 Ryter Hugo, Bex
 Schäfer Fritz, Laupen BE
 Schüpbach Markus, Gwatt (Thun)
 Spring Alfred, Thun
 Stähli Max, Gwatt (Thun)
 Stalder Walter, Ins
 Staub Rudolf, Linden
 Stauffer Roland, Gümmligen
 Thomann Wilhelm, Frutigen
 Trachsel Hans, Frutigen
 Tschudi Peter, Schliern b. Köniz
 von Mural Gaspard, Kehrsatz
 Vuillaume Jean, Grandfontaine
 Wäckerlin Willy, Beatenberg
 Wälti Kurt, Moosseedorf
 Weber Walter, Bern
 Weibel Ernst, Bern
 Winiger Ernst, Biel/Bienne
 Wyss Helmut, Zofingen
 Zimmermann Ulrich Walter, Brienz BE
 Zumbunn Hans, Matten b. Interlaken
 Zwahlen Franz, Ostermundigen

Gratulation zum Dienstjubiläum

Im letzten Jahr konnten 115 Mitglieder des BSPV ein spezielles Dienstjubiläum feiern. Der BSPV gratuliert ihnen herzlich.

40 Dienstjahre

40 années de service

Berthoud Charles-Edouard,

Biel/Bienne

Claude Georges, Biel/Bienne

Colombo Claude, Pieterlen

Jaggi Johannes, Spiez

Ogi Gilbert, Cormoret

Pache Jean François, Léchelles

Schwander Peter, Kirchberg

Gafner Peter, Bern

Galeuchet Patrick, Ittigen

Geissbühler Hans-Ulrich, Laupen BE

Gerber Erich, Erlach

Gerber Peter, Krauchthal

Glauser Beatrice, Bern

Grose Barbara, Wichtrach

Haari Andreas, Wiedlisbach

Hämmig Robert, Bern

Hebeisen Rudolf, Ostermundigen

Helfer Marco, Vinelz

Herren Rolf, Moosseedorf

Heuberger Max, Deisswil

Heuer Walter, Bütigen

Hochuli Fritz, Belp

Hodel Christian, Bowil

Hubacher Hansjürg, Schwarzenburg

Hug Ulrich, Rüti b. Büren

Jakob Ueli, Krauchthal

Jenni Ulrich, Uetendorf

Jost Hans-Rudolf, Madiswil

Jungen Christoph, Stettlen

Keller Ulrich, Hasle b. Burgdorf

Kobel Christian, Mühledorf BE

Lehmann Uwe, Ipsach

Lengacher Martin, Frutigen

Lothamer Andreas, Stettlen

Marti Siegfried, Unterseen

Martin Beat, Ligerz

Matti Peter, Orpund

Maurer Anna Maria, Aarberg

Mäusli Eliane, Zollikofen

Megert Martin, Münsingen

Meyer Hansruedi, Köniz

Michel Willi, Schwarzenburg

Möhl Margareta, Bern

Mühlemann Heinrich, Matten

Müller Alfred, Thun

Nägeli Markus, Thun

Nussbaum Philippe, St-Imier

Pfäffli Roland, Thun

Reber Adolf, Schwenden

Ribi Anne Marit, Bern

Rohrbach Heinz, Hinterkappelen

Rüfenacht Franziska, Zollikofen

Salzmann Beat, Schwarzenburg

Schenkel Fritz, Müntschemier

Scheurer Christine, Bern

Schirato Roland, Thun

Schnegg Werner, Reconvilier

Schneider Daniel, Oberthal BE

Schneider Jürg, Tschugg

Schnyder Peter, Lützelflüh-Goldbach

Schütz Erich, Ostermundigen

Schütz Peter, Kirchberg BE

Schwab Markus, Hermrigen

Siegenthaler Christian, Gsteigwiler

Signer Rita, Bern

Spahni Urs, Rubigen

Stanisz Markus, Thun

Stettler Adrian, Oberdiessbach

Stoll Hanspeter, Neueneegg

Stoll Kurt, Liebefeld

Stucki Bernhard, Erlenbach

Suter Peter, Meikirch

Tanner Rolf Peter, Melchnau

Voegeli Heiner, Aarwangen

Vonlanthen Franz, Seedorf BE

Vuilleumier Laurent, Tramelan

Waldvogel Markus, Evillard

Wenger Erika, Brienz BE

Winkler Peter, Zollikofen

Winzenried Jürg, Neueneegg

Wüthrich Peter, Gümligen

Wyss Heinz, Urtenen-Schönbühl

Zaugg Christine, Oberhofen

Zbinden Walter, Thierachern

Zoss Hans, Boll

Zuber Martin, Radelfingen b. Aarberg

25 Dienstjahre

25 années de service

Adamina Marco, Niedermuhlern

Aellen Alfred, Neueneegg

Aeschbacher Roland, Biel/Bienne

Affolter Walter, Koppigen

Ammann Martin, Jegenstorf

Ammann Philippe, Wichtrach

Bärtschi Erich, Lengnau BE

Baumann Christian, Thun

Bichsel Beat, Täuffelen

Blunier Rudolf, Hindelbank

Bohnenblust Peter, Biel/Bienne

Bohren Theodor, Münchenbuchsee

Bouix Annie, Bern

Broder Reto, Münchenbuchsee

Brugger Urs, Burgdorf

Buschor Andreas, Brüttelen

Buser Daniel, Gümligen

Bütikofer Käthi, Bern

Capol Reto Christian, Brügg BE

Dürig Fritz, Bowil

Eggenberger Jakob, Kehrsatz

Eggl Erika, Moutier

Engimann Daniel, Boll

Fey Martin, Zollikofen

Fischer Francis, Büren an der Aare

Flury Dieter, Bremgarten b. Bern

Flury Peter, Heimberg

Frutig Thomas, Thun

Fürholz Jürg, Schüpfen

Jahresrechnung 2007

1. Allgemeine Verbandsrechnung

1.1 Erfolgsrechnung

	Ertrag	
	Budget	Rechnung
Mitgliederbeiträge	698 000.00	679 085.10
Kapitalzinserträge	4 000.00	4 047.83
Coop-Rechtsschutz, Rückerstattung	0.00	990.75
KPT, Rückerstattung	15 000.00	15 781.80
Beitrag von angestellte bern	3 000.00	10 000.00
Steuer-Rückerstattungen	0.00	23 299.00
Total Ertrag	720 000.00	733 204.48

	Aufwand	
	Budget	Rechnung
Abgeordnetenversammlung	8 000.00	7 910.05
Zentralvorstand	6 000.00	5 598.30
Geschäftsleitung und Delegationen	13 000.00	16 415.65
Personalaufwand	369 000.00	377 356.40
Sozialleistungen Arbeitgeber	63 000.00	64 549.75
Personalweiterbildung	3 000.00	3 033.10
Büromiete und Nebenkosten	54 000.00	53 693.15
Büro- und Verwaltungsaufwand	30 000.00	40 697.58
Anschaffung/Unterh. Mobilien und Einricht.	2 500.00	3 035.99
Informatikaufwand	20 000.00	12 241.05
Telefon- und Elektroinstallationen	500.00	438.25
Beiträge an Berufsverbände	12 000.00	11 604.00
Beitrag an REKA	3 500.00	5 215.00
Gemeinnützige Beiträge	500.00	0.00
Rechtsschutzkosten (ordentlicher Anteil)	30 000.00	30 000.00
Kurswesen	3 000.00	2 308.60
Werbung	60 000.00	71 045.15
Speisung Spez.finanz. Aktionen (ord. Anteil)	15 000.00	15 000.00
Steuern	1 000.00	4 178.00
Ehrungen und Diverses	1 000.00	669.70
Beitrag an «diagonal» (Ziff. 1.2)	20 000.00	20 283.43
Total Aufwand	715 000.00	745 273.15
Total Ertrag	-720 000.00	-733 204.48
Ertrags- (-) resp. Aufwandüberschuss (+)	-5 000.00	12 068.67

1.2 Verbands-Organ «diagonal»

	Ertrag	
	Budget	Rechnung
Inserate, Zeitungsabonnemente	35 000.00	33 268.30

	Aufwand	
	Budget	Rechnung
Druckkosten	36 000.00	34 119.85
Versand	14 000.00	12 846.78
Honorare	5 000.00	6 585.10
Total Aufwand	55 000.00	53 551.73
Total Ertrag	-35 000.00	-33 268.30
Übertrag in Erfolgsrechnung	20 000.00	20 283.43

1.3 Bilanz

	Aktiven per	Passiven per
	31.12.2007	31.12.2007
Kassen	1 687.55	
Reisecheckkasse	2 744.25	
PC-Konto 30-1286-0	56 295.99	
BEKB (Sparkto. 3.488.505.64)	49 143.65	
BEKB (Akt.sp.kto. 4.066.484.64)	77 629.90	
Wertschriften	500.00	
Namenaktien BEKB	5 325.00	
Diverse Debitoren	13 099.55	
Guthaben Verrechnungssteuer	1 354.40	
Mobilien, Einrichtungen, EDV	1.00	
Trans. Aktiven	348.00	
Diverse Kreditoren		53 011.66
Eigenkapital:		
Stand anfangs Jahr	167 186.30	
Aufwandüberschuss	-12 068.67	155 117.63
	208 129.29	208 129.29

2. Spezialfinanzierung Aktionen

	Aufwand 2007	Ertrag 2007
2.1 Erfolgsrechnung		
Bankspesen	11.40	
Unterstütz. Kand. Nationalratswahlen	6 078.70	
Aufwand BPK-Optimierung	1 183.60	
Aufwand Futura	8 463.70	
Aufwand Beratung GAV	1 949.30	
Aufwand PR Police Bern	15 000.00	
Aufwand Komitee Tagesschulen	200.00	
Kapitalzinserträge		4 445.75
Einlage aus allg. Verbandsrechnung		15 000.00
Aufwandüberschuss	32 886.70	32 886.70

2.2 Bilanz

	Aktiven per	Passiven per
	31.12.2007	31.12.2007
BEKB (Sparkto. 3.488.508.37)	86 450.95	
BEKB (Anl.sp.kto. 8.018.909.62)	243 108.26	
Guthaben Verrechnungssteuer	1 556.00	
Diverse Kreditoren		6 078.70
Eigenkapital:		
Stand anfangs Jahr	338 477.46	
Aufwandüberschuss	-13 440.95	325 036.51
	331 115.21	331 115.21

3. Konsolidierter Erfolg des BSPV

Allgemeine Verbandsrechnung	12 068.67
Spezialfinanzierung Aktionen	13 440.95
Aufwandüberschuss	25 509.62

4. Stiftung Unterstützungskasse

	Aufwand	Ertrag
4.1 Erfolgsrechnung		
Kapitalzinsen	27.30	
Büro- und Verwaltungsaufwand	600.00	
Steuern	6 687.20	
Rechtsschutzkosten	30 000.00	
Rschutzkosten (Anteil aus allg. Verb.rg.)		30 000.00
apitalzinserträge		6 974.37
Ertragsüberschuss Liegenschaft (Ziff. 4.3)		49 154.90
Ertragsüberschuss	48 814.77	86 129.27

4.2 Bilanz

	Aktiven per	Passiven per
	31.12.2007	31.12.2007
BEKB (Sparkto. 3.454.009.82)	278 678.24	
BEKB (Akt.sp.kto. 4.066.428.70)	204 760.70	
Namenaktien BEKB	5 325.00	
Guthaben Verrechnungssteuer	2 322.70	
Konto-Korrent «Rechtsschutz»	52 904.35	
Liegenschaft (Bestand)	1 674 181.80	
Liegensch.abschreibungen früher	-822 997.80	
Liegensch.abschreibung 2007	-34 047.00	817 137.00
Fest-Hypotheken		400 000.00
Diverse Kreditoren		5 305.35
Eigenkapital:		
Stand anfangs Jahr	907 007.87	
Ertragsüberschuss	48 814.77	955 822.64
	1 361 127.99	1 361 127.99

4.3 Liegenschaftsrechnung

	Aufwand 2007	Ertrag 2007
Hypothekarzinsen	12 250.00	
Heizung, Beleuchtung, Reinigung	8 047.00	
Abschreibung	34 047.00	
Liegenschaftssteuern	1 923.90	
Ertragsüberschuss	49 154.90	
Mietzinseinnahmen		105 422.80
	105 422.80	105 422.80

Des organes actifs: Interruption ne signifie pas régression

En 2006, nous avons préparé les bases nécessaires pour donner au public une image plus expressive et attrayante de notre association. La nouvelle page d'accueil et la newsletter semblent avoir déjà eu l'écho favorable souhaité.

En ce qui concerne la page d'accueil, nous avons introduit, l'année dernière, un nouveau concept. La première newsletter est parue le 27 août. Elle a été envoyée à tous les membres dont nous connaissions l'adresse e-mail. La newsletter complète les informations diffusées dans «diagonal». Elle nous permet d'informer nos membres de manière rapide et simple. Nous espérons que le nombre de destinataires continuera d'augmenter.

Pour la première fois depuis 1997, «diagonal» reçoit un nouveau layout. Les préparatifs ont été effectués durant l'année dernière. La réalisation est prévue pour 2008.

Le Comité directeur

Au cours de la séance du printemps du comité central, Roland Seiler a annoncé sa démission en tant que président de l'association. Elle interviendra à l'occasion de l'assemblée des délégués de 2008. C'est également avec regret que le Comité directeur a pris acte de la démission de Gisela

Basler, vice-présidente, qui a exercé cette fonction de longues années durant. En tant que directrice et présidente de la section «Höhere Angestellte Bern», elle a fortement marqué de son empreinte le travail exécuté durant son mandat.

Les deux nouveaux membres du Comité directeur, Andrea Frost-Hirschi en tant que représentante des cadres de l'administration et Eugen Schneider en tant que représentant de l'association des retraités, se sont bien intégrés dans leur nouvelle fonction. Le Comité directeur a mis la défense de l'intérêt général au centre de ses préoccupations. Elle a pris la majorité de ses décisions à l'unanimité.

Comité central

Le Comité central s'est réuni en mai à Berne et en octobre à Münsingen. Outre l'examen des points usuels de l'ordre du jour, elle s'est également penchée sur le problème lié aux caisses de pension et sur celui de la convention collective de travail

(CCT). Les séances ont été l'occasion d'échanges intenses d'idées au-delà des limites parfois étroites des sections.

Assemblée des délégués

Au cours de l'assemblée des délégués du 8 juin, le conseiller d'Etat libéral Christian Wanner a présenté la convention collective de travail du canton de Soleure. «Nous sommes fiers de notre CCT», a ajouté le chef suprême du personnel de l'administration cantonale. L'assemblée a été heureuse d'accueillir les nouvelles sections «Bibliotheksangestellte Bern» et «Gym Bern». A la présidence de l'assemblée des délégués, Christian Staub, actuel vice-président, a succédé à Cornelia Apolloni. L'assemblée a désigné la nouvelle vice-présidente en la personne d'Annelise Vaucher, députée au Grand Conseil.

Analyse

En ce qui concerne la structure de l'effectif, une analyse montre que l'APEB présente un plus haut degré d'organisation chez les plus anciens collaborateurs. Pour les collaborateurs âgés de 60 à 65 ans, ce sont 719 collaborateurs sur 1395 qui sont membres de l'APEB, soit 51,5 pour cent. En revanche, pour les collaborateurs âgés de 21 à 30 ans, ce ne sont que 10 pour cent. L'effectif a légèrement baissé.

Avantageuse sans être bon marché

Pour 2008, nous avons augmenté la cotisation des membres de deux francs, passant ainsi à 130 francs. L'APEB reste ainsi l'une des organisations de personnel la plus avantageuse de Suisse, sans pourtant que la cotisation due pour l'affiliation à celle-ci soit bon marché. Nous avons toujours relevé la cotisation selon l'adaptation des salaires au renchérissement.



Le Comité directeur en route.

Staub



L'APEB s'engage pour la défense des intérêts des retraités.

Archive

L'APEB exige: ne touchez pas à nos caisses de pension

Les politiciens mettent sous pression les caisses de pension cantonales. En publiant le rapport FUTURA, le Grand Conseil entend préparer le changement de système de primauté. L'APEB s'y oppose autant que faire se peut.

Le 5 juin 2007, le Grand Conseil a adopté, en deuxième lecture, la révision de la loi sur la caisse de pension bernoise. Lors de la première lecture, il déposait une demande de retrait, un réexamen de la rente-pont et l'introduction d'une obligation de remboursement.

Cette proposition a été rejetée au sein de la commission consultative du fait de l'abstention de quelques députés plus réfléchis issus du camp bourgeois et de l'intervention des représentants de l'APEB.

Innovations importantes

La principale innovation introduite lors de la révision de la loi est l'introduc-

tion des contributions pour hausse du gain en raison de l'âge. En cas de hausse de salaire, le gain assuré augmente. Il en résulte un droit à une rente plus élevée. Cette augmentation doit pouvoir être financée.

De 40% à 250%

Jusqu'ici, les assurés devaient, quel que soit leur âge, contribuer au financement de toute augmentation de salaire à hauteur de 40 pour cent du gain assuré. L'employeur payait pour les allocations de renchérissement 180 pour cent, en cas d'augmentation des échelons de traitement 60 pour cent.

Désormais, les taux sont les suivants:

Age	Employé	Employeur
25 à 44 ans	40 pour cent	180 pour cent
45 à 49 ans	80 pour cent	180 pour cent
50 à 59 ans	100 pour cent	180 pour cent
60 à 65 ans	250 pour cent	250 pour cent

Une charge supplémentaire

La révision entraîne une charge supplémentaire considérable pour les assurés les plus âgés. C'est la raison pour laquelle l'APEB s'y était opposée. Toutefois, comme le rachat de prestations supplémentaires entraînait effectivement un trou à combler au niveau financier, l'APEB n'avait pas d'autre

choix que d'accepter la nouvelle réglementation.

La solution adoptée actuellement est, de notre point de vue, trop sévère pour les collaborateurs les plus âgés. Une fois de plus, le personnel est forcé d'accepter un changement qu'il ne souhaitait pas.

CACEB

La commission d'enquête parlementaire et le Gouvernement ont estimé que la Caisse d'assurance du corps enseignant bernois devait faire l'objet d'un sérieux assainissement. Le degré de couverture était tombé à 80 pour cent, il manquait un milliard de francs pour assurer la couverture de toutes les prestations promises.

Cependant, tous les experts n'étaient pas du même avis quant aux mesures à mettre en oeuvre. Quelques-uns estimaient qu'il ne fallait pas arrêter de mesures spéciales. Le Gouvernement et le Grand Conseil ne partageaient pas cette opinion pourtant fondée et ont adopté une loi sur la CACEB prévoyant de sévères mesures d'économies. Celles-ci devraient permettre de relever le degré de couverture à 100 pour cent.

Retraités

Depuis 1997, les retraités n'ont obtenu une compensation du renchérissement qu'en 2001 (1,2 pour cent) et 2002 (0,6 pour cent). La perte de pouvoir d'achat a atteint, pour les retraités depuis 1992, 13,9 pour cent. La commission de gestion, dans sa majorité, doit endosser la responsabilité de cette situation inacceptable. La compensation du renchérissement ne pourra à nouveau être accordée que lorsque les réserves constituées pour les fluctuations sur le marché auront atteint 16 pour cent. Cette restriction est inutile. L'APEB et l'association des retraités n'ont cessé d'entreprendre des démarches pour qu'enfin la compensation du renchérissement soit accordée. Malheureusement sans succès.

Avenir des caisses de pension

La charte sur le personnel cantonal débute par des paroles très prometteuses devant persuader le personnel que l'on fait très grand cas de lui dans l'administration cantonale. Le fait que la main-d'œuvre soit la principale ressource de l'administration

cantonale n'est manifestement pas évident aux yeux de tous les politiciens. Certains députés n'ont-ils pas exigé que l'on réexamine l'idée d'un changement de système de primauté pour les caisses de pension cantonales?

L'APEB souhaite également que les caisses de pension restent saines. Les organes de l'association admettent aussi que des changements sont parfois nécessaires. Toutefois, ils rejettent toute considération d'inspiration idéologique et toute mesure ayant pour seul but de faire des économies.

C'est la raison pour laquelle l'APEB n'a eu d'autre possibilité que de hausser le ton

dans sa critique du projet FUTURA. Lors de la consultation, nous avons renforcé nos prises de position par des résolutions. De plus, nous avons présenté nos arguments aux membres d'autorités, aux services administratifs et aux organisations externes.

C'est avec satisfaction que l'APEB a pris connaissance du fait que le rapport de 2007 était plus objectif que les premières ébauches. C'est avec une satisfaction plus grande encore que l'APEB a pris acte du fait que le Gouvernement modifiait sa position et était parvenu à la conclusion qu'il fallait renoncer à changer de système de primauté.

Projet «FUTURA»; Arrêtez les travaux!

A une opposition près, les délégués de la Caisse de pension bernoise ont adopté une résolution. Nous vous en remettons ci-après une version légèrement abrégée.

L'assemblée des délégués des assurés de la Caisse de pension bernoise constate:

1. La restriction apportée à partir du 1er janvier 2006 au concept d'invalidité entraîne une diminution des prestations qu'il ne faut pas sous-estimer.
2. La nouvelle réglementation sur les contributions pour hausse de gain arrêtée par le Grand Conseil implique, à partir du 1er janvier 2008, de lourdes charges supplémentaires pour certains assurés.
3. Le rapport du Conseil-exécutif sur l'avenir de la prévoyance vieillesse dans le canton de Berne montre que le système mixte de la CPB offre une transparence à peine égalable, tant au niveau des contributions qu'à celui des prestations.
4. Les expériences des assurés de nombreuses caisses de pension montrent que le passage au système de primauté des contributions entraîne en règle générale une aggravation des conditions en ce qui concerne la prévoyance vieillesse – notamment pour les assurés de 45 ans et plus.

5. Du point de vue des délégués, il n'y a aucune raison de se départir du système mixte de la CPB, qui a largement fait ses preuves. Les points faibles peuvent être compensés par des modifications adéquates du règlement concernant les prestations.

L'assemblée des délégués prie instamment le Gouvernement et le Grand Conseil de renoncer à un changement de système.

Au cas où une majorité du Grand Conseil devait imposer le passage au système de primauté des contributions, l'assemblée des délégués exigerait:

1. **Le maintien des contributions pour hausse de gain et des rentes pont moyennant refinancement.**
2. **La garantie de la situation acquise selon un mode de calcul flexible.**
3. **Une répartition équilibrée des risques liés aux investissements.**

L'assemblée des délégués table sur le fait que la commission de gestion et la direction de la CPB s'opposent résolument à toute détérioration de la situation dans le domaine de la prévoyance vieillesse.

L'assemblée des délégués charge le bureau de cette dernière d'apporter son soutien, sous une forme adéquate, à un éventuel référendum des associations de personnel.



Cinq semaines de vacances pour tous! Une vieille revendication devient réalité.

Staub

Travail de nuit: enfin une bonification? Davantage de vacances

L'APEB s'est battue pour que les employés cantonaux obtiennent un jour de vacances supplémentaire. En ce qui concerne la bonification de temps accordée pour le travail de nuit, l'APEB est intervenue auprès du Gouvernement cantonal.

L'autorité cantonale compétente en la matière a entamé les travaux de révision de la loi sur le personnel, qui sera soumise, pour examen, au Grand Conseil en 2008. La révision porte sur la transposition dans le droit cantonal des dispositions de la loi fédérale sur les allocations familiales.

Le Comité directeur de l'APEB a rédigé à cet effet deux co-rapports et une prise de position. En ce qui concerne la révision de l'ordonnance sur le personnel, qui a trait avant tout au personnel de nettoyage, nous avons également remis un co-rapport. Par ailleurs, une réponse a été rédigée en janvier dans le cadre de la consultation sur

l'ordonnance concernant l'engagement du personnel enseignant.

Les choses bougent

Coop offre à ses employés de plus de 63 ans huit semaines de vacances. Le canton de Berne est bien loin de faire profiter ses employés d'un tel avantage. Depuis l'introduction des jours de compensation, les employés cantonaux ont droit à quatre semaines et deux jours de vacances.

Les jours de compensation correspondent aux jours fériés tombant sur un samedi ou un dimanche. A cela s'ajoutent pour les employés cantonaux les allègements pour raison d'âge à partir de 45/50 ans et

de 55/60 ans. Pour les enseignants des degrés primaire et secondaire de la scolarité obligatoire, l'allègement pour raison d'âge est accordé à 50, 54 et 58 ans.

Dès 2008, le droit minimal aux vacances sera relevé à quatre semaines et trois jours. Les deux jours restants seront accordés en 2009 et 2010. Le Gouvernement a l'intention d'accorder un jour supplémentaire de vacances dans un ou deux ans aux employés qui bénéficient déjà de cinq semaines de vacances.

C'est ainsi que tous les employés cantonaux auront obtenu une amélioration pour ce qui a trait à leurs vacances. Ces améliorations de la réglementation sur les

vacances sont dues aux efforts consentis de haute lutte par l'APEB. La dernière en date remonte toutefois à 25 ans!

Réduction du temps de travail

En obtenant un droit minimal aux vacances de cinq semaines, nous atteindrons un objectif intermédiaire. Pour maintenir la compétitivité du canton sur le marché de l'emploi face aux autres entreprises, il faudra se battre également pour une réduction du temps de travail hebdomadaire. La semaine de 40 heures a été introduite de manière générale dans les grandes entreprises. Les employés cantonaux connaissent depuis 1987 la semaine de 42 heures. Nous continuerons de lutter pour que, après 25 ans, une nouvelle réglementation voie le jour.

Bonification de temps

Le personnel soignant reçoit, depuis des années, une bonification de temps de 20 pour cent pour le travail de nuit. Les cantonniers sont également soumis à une réglementation spéciale arrêtée par le Conseil-exécutif.

Les agents de police et les concierges cantonaux n'ont toutefois pas droit à une rémunération comparable. Par conséquent, l'Association de police exige avec force, et ce depuis des années, qu'une solution comparable soit trouvée pour l'ensemble du personnel cantonal. Il a fallu des menaces de grève pour faire bouger les choses.

Un groupe de travail, au sein duquel les associations de personnel sont largement représentées, s'est attelé à la tâche. Il a soumis au Conseil-exécutif différentes solutions. Reste à espérer que ce dernier donnera enfin suite, en 2008, aux revendications légitimes des corps de police.

Rejet du congé-paternité

Rares sont les gros employeurs qui n'ont pas encore introduit le congé-paternité. Pour sa part, l'APEB revendique un congé-paternité raisonnable. Lors de la révision de la loi sur le personnel, nous avons fait des propositions en ce sens et avons envisagé de mettre ce sujet à l'ordre du jour des négociations entre partenaires sociaux.

Par la suite, une députée au Grand Conseil a déposé une interpellation visant à introduire le congé-paternité. Le Conseil-exécutif aurait été favorable à son introduction. Malheureusement la motionnaire n'a ensuite pas retiré son interpellation, offrant ainsi au Grand Conseil la possibilité de s'opposer au congé-paternité. Bien que cela ne nous facilite pas la tâche, nous n'abandonnerons pas et n'oublierons pas les futurs pères.

Progression salariale insuffisante

Compte tenu du salaire versé aux employés cantonaux, leur pouvoir d'achat a diminué depuis 1992. Si la compensation du renchérissement n'est pas intégralement ou partiellement accordée, le pouvoir d'achat diminue. Il en résulte une perte du salaire réel, laquelle avoisine actuellement les neuf pour cent.

A cela s'ajoute le fait que les échelons supplémentaires de traitement ont été accordés dans des proportions insuffisantes. Les fonds mis à disposition pour les augmentations individuelles de traitement se situent à un niveau inférieur à celui des années précédentes. En comparaison, la progression salariale est nettement supérieure, ces dernières années, pour la Confédération et la Ville de Berne.

Les comparaisons faites avec de grosses entreprises telles que La Poste, Swisscom, les CFF ou les banques et les compagnies d'assurance donnent une image encore plus mauvaise de canton.

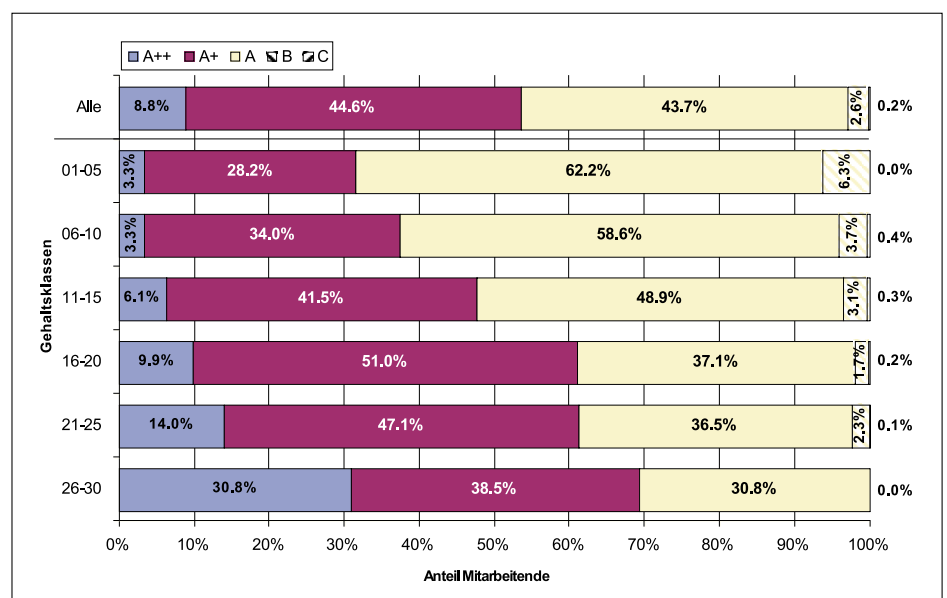
Partenariat social: CCT et enquête

Décision du Comité central: L'APEB vise la mise sur pied, d'une convention collective de travail.

Le Comité central a arrêté, le 9 mai, à une large majorité, la décision suivante: l'APEB doit engager des pourparlers avec le Conseil-exécutif. Le but est de conclure une convention collective de travail. L'APEB a cherché ensuite le dialogue avec les associations de personnel concernées. Nous avons communiqué notre intérêt au Conseil-exécutif. En 2008, nous débattons du document rédigé en commun avec les associations de personnel dans le cadre des entretiens avec les partenaires sociaux.

Augmentations individuelles

Les augmentations individuelles de traitement sont encore insuffisantes. Depuis que le canton a introduit le BEREBE, un salaire lié à la performance vraiment équitable n'a jamais pu être versé. Les promesses faites lors de la suppression du salaire fondé sur l'expérience n'ont jamais pu être tenues. Les électeurs ont été médusés par le message concernant la votation (voir diagonal 9/07).

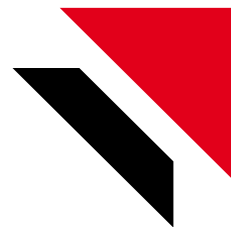


Plus le salaire est élevé, plus la qualification du collaborateur est satisfaisante

Rapport annuel 2007

BSPV
APEB

www.bspv.ch



14 Loi du personnel

Davantage de vacances

L'APEB s'est battue pour que les employés cantonaux obtiennent un jour de vacances supplémentaire. En ce qui concerne la bonification de temps accordée pour le travail de nuit, l'APEB est intervenue auprès du Gouvernement cantonal.

15 Loi du personnel

Partenariat social: CCT et enquête

Décision du Comité central: L'APEB vise la mise sur pied, d'une convention collective de travail.

12 Caisses de pension

Caisses de pension

Le Conseil-exécutif veut renoncer à un changement de système de primauté. Les associations de personnel invitent les députés au Grand Conseil à se faire renseigner de première source.

11 Des organes actifs

Interruption et pas régression

En 2006, nous avons préparé les bases nécessaires pour donner au public une image plus expressive et attrayante de notre association. La nouvelle page d'accueil et la newsletter semblent avoir déjà eu l'écho favorable souhaité.

Editorial



Le travail de l'APEB a porté ses fruits

Dans deux ans, nous aurons atteint notre objectif, soit cinq semaines de vacances pour tous. Les salaires ont été augmentés de deux pour cent.

Du Comité directeur de l'APEB

L'APEB a obtenu, l'année passée, quelques résultats probants:

- un jour de vacances supplémentaire,
- une progression de la masse salariale de deux pour cent,
- le rejet du changement de système de primauté par le Conseil-exécutif,
- le renforcement des moyens de communication de l'APEB.

Tels sont les principaux succès obtenus durant l'année écoulée. Ils montrent que l'APEB est sur la bonne voie et que des résultats tangibles et quantifiables ont été obtenus dans la défense des intérêts en faveur du personnel cantonal.

Pour y parvenir, il a fallu fournir un gros effort à tous les niveaux. Tant la direction et

le comité central que l'assemblée des délégués et le secrétariat y ont contribué dans les limites de leurs possibilités. Il convient également de souligner l'importance de l'engagement personnel de tous les membres de l'APEB, qui, jour après jour, ont apporté leur contribution pour obtenir de meilleures conditions de travail.

Malheureusement, l'APEB a dû enregistrer un léger recul de son effectif. Elle a dépensé, en 2007, beaucoup d'énergie pour le renouvellement de ses moyens de communication. Avec succès. La page d'accueil, nouvellement conçue, gagne en fraîcheur et la newsletter électronique permet au secrétariat de réagir rapidement aux événements actuels.